



Idemokrat

Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . K 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—

Kündigung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einlieferung der
Retourmarken.

Erhalten mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

Arbeiterfeindliche Wirtschaftspolitik.

Seit dem Rücktritt Tuzars, also seit mehr als einem Jahre, bemühen sich die tschechischen Koalitionsparteien, eine Regierung zu bilden, welche die Kraft und Autorität hätte, die drängenden inneren wirtschaftlichen und politischen Probleme dieses Staates ihrer Lösung zuzuführen. Das seinerzeit über Hals und Kopf gebildete Ministerium Benes hat sich schon bei seiner Geburt als eine provisorische Regierung betrachtet und seit vielen Wochen bemühen sich die führenden tschechischen Koalitionspolitiker, sich auf ein Programm zu einigen, das die Grundlage einer neuen, tatkräftigen Regierung ergäbe. Alle Verhandlungen jedoch, die bisher geführt wurden, sind resultatlos verlaufen, die politische Deffektivität wird jeden Tag durch irgendwelche neue Gerüchte zu fälligen versucht, aber es gelingt nicht die fünf großen tschechischen Regierungsparteien auf irgend eine gemeinsame politische Linie zu bringen. Das größte Hindernis dieser Einigung ist die Frage der Lebensmittelpolitik, welche die größte Sehnsucht der agrarischen Produzenten sind.

Das beständige Steigen der tschechoslowakischen Krone macht für uns einen Einkauf weit billigeren Getreides möglich als noch vor ganz kurzer Zeit. Wenn die tschechoslowakische Krone statt fünf Centimes fünfzehn wert ist, so ist es klar, daß wir um zwei Drittel billigeres Getreide und Mehl bekommen können. Dadurch sehen aber die Agrarier, die sich in den letzten Jahren an hohe Profite gewöhnt haben, die Möglichkeit schwinden, daß sie diese fetten Gewinne auch weiterhin machen können. Sie wollen unter allen Umständen die Getreidepreise im Inland hoch halten und verhindern ihr Sinken kraft der bedeutenden politischen Macht, die sie in der gegenwärtigen Regierung ausüben. Um sich nun ihre Einnahmen auch für die Zukunft zu sichern, wollen sie Zölle auf Lebensmittel, vor allem auf Getreide einführen, damit der inländische Getreidepreis unabhängig vom Weltmarktpreis, damit sie ohne Rücksicht auf die Weltmarkte, ohne Rücksicht darauf, wieviel Getreide und Mehl in der ganzen Welt vorhanden ist, die arbeitende Bevölkerung dieses Staates, die gegenwärtig unter der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit so furchtbar leidet, nach Herzenslust auswecheln können. So groß ist die agrarische Verworfenheit, so rücksichtslos kapitalistisches Profitstreben, so hemmungslos die Gier nach Gewinn und Reichtum bei den bestehenden Klassen auf dem Lande, daß sie bei der furchtbaren Notlage, der alle arbeitenden Menschen in diesem Staate ausgezehrt sind, daran denken, noch mehr Hunger, noch mehr Jammer, noch mehr Elend über das Proletariat zu bringen!

Die Agrarier haben sich dementsprechend in den Vorberatungen über den autonomen Zolltarif benommen. Bekanntlich gibt bei uns noch immer der alte österreichisch-ungarische Zolltarif aus dem Jahre 1906, wobei nur die Zollbeträge durch eine Verordnung vom 19. Dezember 1921 um die entsprechenden Koeffizienten erhöht sind. Im Herbst soll endlich dieses Zollsystem den geänderten Wirtschaftsverhältnissen der Nachkriegszeit angepaßt und ein neuer Zolltarif dem Parlament vorgelegt werden, wobei dieses zum ersten Male seinen Einfluß auf die Gestaltung der Zollverhältnisse ausüben soll, wodurch die Grundlagen für unsere Handelsverträge geschaffen werden und überhaupt unsere Handelspolitik für die nächsten Jahre entscheidend bestimmt werden soll. Die Vorbereitungen für die Ausarbeitung des Zolltarifs oblagen nun bis vor kurzem außer den Fachreferenten der einzelnen Ministerien einer handelspolitischen Zentralstelle, in der die Handelskammern (die Industriellen), die Landeskulturräte (die Agrarier) und die gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen der tschechischen Arbeiterschaft vertreten waren. Vor einigen Monaten nun ersuchte sowohl der deutsche Gewerkschaftsbund in Reichenberg als auch der Verband deutscher Wirtschaftsgenossenschaften um Aufnahme in die handelspolitische Zen-

Gegen Arbeitslosigkeit und Aushungerung!

Der Vollzugsausschuß des Parteivorstandes warnt die Regierung. — Geordneter Abwehrkampf im Einvernehmen mit der Zentralgewerkschaftskommission.

Der Vollzugsausschuß des Parteivorstandes der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hielt am 23. d. M. in Prag eine Sitzung ab. Angesichts der ungeheuren Verschärfung der Wirtschaftskrise und der geradezu katastrophalen Steigerung der Arbeitslosigkeit beschloß der Vollzugsausschuß selbstverständlich zunächst auf Grund der vorliegenden Berichte mit der Erörterung jener Maßnahmen, die nun ergriffen werden müssen, um die Massen der hungernden Arbeitslosen vor dem grauenvollsten Elend zu bewahren. In der Debatte gaben übereinstimmend alle Redner der außerordentlichen Erregung Ausdruck, die sich in den Industriegebieten der Arbeiterschaft bemächtigt hat. Die Regierung Dr. Benes hat in verbrecherischer Weise bisher unterlassen, der unheilvollen Valutapolitik der Banken und Kapitalisten, die eine der Hauptursachen der unerträglichen Steigerung der Wirtschaftskrise bildet, entgegenzutreten, sie hat sie vielmehr anscheinend geradezu gestützt und gefördert. Zur Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit gesellt sich der Druck der Teuerung. Die Weltmarktpreise der wichtigsten Nahrungsmittel sinken, der Arbeiterhaushalt aber verspiert nichts davon. Agrarischer Wucher, Händler- und Schiebertum bereichern sich in diesen Tagen des Elends an der unerträglichen Not der arbeitenden Bevölkerung.

Der Vollzugsausschuß faßte eine Reihe sachgemäßer Beschlüsse, die den Parteiorganisationen zur raschen Durchführung zu übermitteln sind. Ueberdies wurde beschlossen, sich mit der Zentralgewerkschaftskommission wegen weiterer Abwehraktionen unverzüglich in Verbindung zu setzen und dann die Masse des Proletariats zum geordneten Abwehrkampf aufzurufen.

Die arbeitende Bevölkerung wird ihren Forderungen Gehör zu schaffen wissen, sie wird der sträflichen Leichtfertigkeit der Regierung und der trivialen Tatenlosigkeit der Mehrheitsparteien des Parlamentes den entschlossenen Kampf um Brot und Arbeit entgegensetzen.

Weitere Ausbreitung der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit.

Entlassungen in der Metall-, Schmied- und Textilindustrie. — Die Stodawerker gegen die künstliche Steigerung der Krone.

Wie sich das „Prager Tagblatt“ aus Brüx melden läßt, ist die Situation in den Emailierwerken und Metallwarenfabrik Austria geradezu katastrophal. Sämtliche Beamte sind bereits gekündigt und das Unternehmen wird aller Voraussicht nach binnen kurzem vollständig zum Stillstand gelangen. Die Entlassung der Arbeiter soll in Partien nach und nach „mit möglicher Schonung“ durchgeführt werden. Durch diese Maßnahmen werden 24 Beamte und 400 Arbeiter ihr Brot verlieren.

Die Direktion der Oderberger Röhrenwerke hat den Vertrauensmännern der Arbeiterschaft mitgeteilt, daß sie sich Mangels an Aufträgen gezwungen sieht, 300 Arbeiter zu entlassen.

Wie das „Rude Pravo“ meldet, hat am Dienstagabend eine Beratung aller Gewerkschaften Brünns stattgefunden, die der Veranstaltung einer Aktion gegen die Arbeitslosigkeit und Teuerung galt. Ueber die Art der Aktion wird noch nichts gesagt. Ueber die Wirtschaftskrise selbst sagt das „Rude Pravo“: „Im Zusammenhang mit dem Ueberstürzen und Steigen der tschechoslowakischen Krone werden Tag für Tag

Vorfälle von Massenentlassungen der Arbeiterschaft gemeldet. Es handelt sich hier um einen durchgehenden Plan, dessen Zweck es ist, die Arbeiterschaft in eine völlige Unsicherheit ihrer Existenz zu bringen und durch ihre Not, ihre Verzweiflung und ihr Verden die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Republik zu konsolidieren. Die vertriebenen Arrangeure dieses Planes rechnen also: Soll die Arbeiterschaft gestungen werden, für möglichst niedrige Löhne zu arbeiten, muß sie erst durch Massenarbeitslosigkeit ausgehungert werden. Künstlich muß eine große Nachfrage nach Arbeit geschaffen werden, damit ihr Preis unter das Minimum herabgedrückt werden kann.“

Die Schufabrik Bala in Brünn hat beschlossen, 75 Prozent der Beamtenschaft zu entlassen.

Auch in der Textilindustrie breitet sich die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit in unheimlicher Weise aus. Aus Jägerndorf wird berichtet, daß der dortige Firmenkongern „Habitus“ Josef Wagner, Wagner u. Thomke, Franz Wlaci, G. m. b. H. und Otto Friedler u. Co. sich durch Abfahrschwierigkeiten veranlaßt sieht, seinen

So aber kann die Wirtschaftspolitik in der Tschechoslowakei nicht betrieben werden! Die

Betrieb einzuschränken. Der Konzern hat 33 Beamte und Meister per 1. Oktober 1922 gekündigt. Auch diese werden wohl keine Lohndreher des Steigens der tschechoslowakischen Krone werden.

Dienstag fand ein großes Meeting der Arbeiter der Stodawerke in Pilsen statt. In den Stodawerken sind nämlich bisher 2182 Arbeiter entlassen worden und die weitere Entlassung von 436 Arbeitern steht bevor. In den Stodawerken arbeiten nur noch dreizehn Abteilungen die ganze Woche, sieben Abteilungen arbeiten fünf bis sechs Tage, sechs Abteilungen fünf Tage, drei Abteilungen vier bis fünf Tage, eine Abteilung vier Tage und eine Abteilung überhaupt nur noch nach Bedarf. In einer Resolution wendet sich die Arbeiterschaft gegen jede künstliche Steigerung der Krone, weil diese die Konkurrenzfähigkeit der Metallindustrie erschlage. Weiters wird eine Enquete über die Arbeitslosigkeit im Pilsener Gebiet verlangt und von den Bezirken und Gemeinden Notstandsarbeiten gefordert. „Jede Verschönerung der Besserung“, heißt es wörtlich, „erhöht die Unruhe unter der Arbeiterschaft und bedroht die öffentliche Ruhe in unserem Gebiete, denn die Arbeiterschaft durchlebt unerträgliche Augenblicke.“

Die nordböhmische Glashütte Turm hat ihren Betrieb eingestellt.

Die Glasarbeiter der Montan- und Industriewerke Unterreichenau bei Hohenau wurden mit gestrigen Tage auf 14 Tage gekündigt, weil die Arbeiter das Ansuchen, an Sonntagen durchzuarbeiten, abgelehnt haben. Von der Aussperrung werden über 800 Arbeiter betroffen.

Auch der tschechische Glasarbeiterverband warnt die Regierung.

Teplitz, 23. August (Eigenbericht). Der tschechische Glasarbeiterverband, der in Teplitz seinen Sitz hat, hat ein Memorandum an die Regierung geleitet, in dem die Zahl der gänzlich Arbeitslosen mit 4270, der teilweise Beschäftigten mit 7640, zusammen also mit 11.910 angegeben wird. Es wird dann ausgeführt, daß nicht die Löhne schuld an der katastrophalen Lage der Glasindustrie sind, weil die Einkünfte der Arbeiter viel niedriger sind als im vorigen Jahre. Die Schuld wird in dem Memorandum vielmehr zugeschrieben: 1.) Spekultativen Momenten, 2.) der mangelhaften technischen Einrichtung der Betriebe, 3.) der unzureichenden Organisation des Exporthandels, 4.) dem künstlichen Hochhalten der Preise der Materialien, 5.) dem unangemessenen Glaspreis. Zur Eindämmung der Krise werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen: a) Erweiterung der Arbeiterkontrollen, b) Herabsetzung der Preise der Rohmaterialien, c) Herabsetzung der Frachttarife, d) Konzentrierung kleiner Unternehmungen, e) kommerzielle Auslandspropaganda, f) Festsetzung der Preise im Zwischenhandel, g) Errichtung einer paritätischen Kommission zur Prüfung der Lage der Glasindustrie, h) Notstandsarbeiten für die betroffenen Arbeiter. Am Schlusse des Memorandums wird der Regierung der große Ernst der Lage vor Augen geführt. Sollten die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht getroffen werden, kann der Verband keine Verantwortung für die Folgen übernehmen, die sich aus dem heutigen Zustande der Glasindustrie unbedingt entwickeln müssen, und kann auch nicht für die Ruhe unter den Arbeitslosen und den übrigen Arbeitern der Glasindustrie, deren Existenz durch die unsicheren Verhältnisse immer bedrohter wird, haften.“

Bevölkerung vertreten sind, vorzulegen.

In einer Zeit der ständigen Ausbreitung der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit müssen wir der Regierung in allem Ernste erklären, daß es sich die deutsche Arbeiterschaft nicht gefallen lassen wird, von den Beratungen und Entscheidungen über ihr eigenes Schicksal einfach ferngehalten zu werden. Es geht nicht an, daß die Herren von den Koalitionsparteien im Dunkel der Besprechungen von fünf Personen entscheidende Fragen, von denen Leben und Gesundheit der Arbeiterschaft abhängt, erledigen. Wenn die Herren glauben, mit einer Ueberraschung zu kommen, wenn sie vielleicht der Arbeiterschaft zumuten, sich durch Agrarzölle das kleine bürgerliche Brot, das ihr geblieben ist, noch verteuern zu lassen, dann werden sie einen Sturm erleben, durch den alle politischen Kombinationen und schlau erdachten Konstruktionen werden hinweggefegt werden.

deutschen Arbeiter werden sich schon erlauben, ihr Wörtchen bei der Gestaltung unserer Wirtschaftsverhältnisse, wo es vor allem um das Schicksal der Arbeiter geht, mitzureden. Die Beratungen über das Zollproblem müssen aus dem Dunkel der Koalitionspolitik hinausgezogen werden und in aller Deffektivität vor sich gehen. Die Regierung hat mit einer Verordnung vom Dezember des vorigen Jahres einen Wirtschaftsbeirat geschaffen, dessen Ernennung sie nun selbst sabotiert. Während in Deutschland die großen ökonomischen Probleme in ein Forum von Fachleuten zur Vorberatung gelangen, dem sogenannten vorläufigen Reichswirtschaftsrat, hat man hier zwar einen Wirtschaftsbeirat geschaffen, führt aber die Ernennung seiner Mitglieder nicht durch. Es ist Pflicht der Regierung, den Wirtschaftsbeirat nun endlich einmal zu ernennen und den Zolltarif diesem Beirat, in dem alle Klassen der

Inland.

Nationaldemokratische Methoden. Nun endlich weiß die Welt, in welcher Weise dem armen Oesterreich geholfen werden soll. Ein „herborrogender tschechischer Staatsmann“ hat — so schreibt die „Narodni Democracie“ — den „einzigsten“ Weg zum Schutze Oesterreichs gewiesen. Der Nationalrat möge beschließen, alle gesetzgebende und administrative Macht drei Diktatoren zu übertragen, welche den Befehl: „arbeiten und sparen“ konsequent durchzuführen würden. Ihre Verordnungen wären: Aufheben der achtstündigen Arbeitszeit, Streikverbot und Arbeitspflicht, Entlassung aller Staatsbeamten und Aufnahme von nur brauchbaren und tüchtigen Leuten, eine sofortige durchgreifende Herabsetzung der Lebensmittel, wozu die Auslandsanleihen verwertet würden, Einführung physischer Strafen usw. Von den „führenden“ Staatsmännern diese Ratschläge erteilt hat oder zumindest welcher Klassenkategorie er angehört, das läßt sich wohl kaum schwer erraten, wenn als erste Forderung die Aufhebung der achtstündigen Arbeitszeit aufgestellt ist. Er verrät aber eine selbst in dieser Gruppe nicht alltäglich vorkommende, ungläubliche Gefühlsregung, wenn angesichts der vielen vor Hunger vergehenden Menschen Wiens Diktatorenmaßnahmen diesen elend Krepierenden gegenüber als eine „nur scheinbar rohe Methode“ empfohlen werden, als ein zwar schmerzliches chirurgisches Einschreiten, das aber einzig und allein die „Wiener“ Methode ablösen könne. Und es gehört eine tüchtige Portion von Sadismus dazu, den nur eine nationalchauvinistische Journale aufzubringen imstande ist, jene Aktion zu empfehlen.

Wogegen sich die sozialdemokratischen Arbeiter entschieden verwahren. Der Duxer „Tag“ bemerkt in seiner Besprechung des Wahlergebnisses von Schredenstein, daß der Gemeinde „eine sozialistische Gemeindegewalt bleibt, da die Sozialdemokraten (13 Mandate) und Nationalsozialisten (6 Mandate) allein über eine absolute Mehrheit „verfügen“. Den Selben geht anscheinend das Gefühl dafür ab, welche Empfindungen es in uns auslöst, wenn sie sich nur in einem Atem mit uns nennen. Aber die Vorstellung von einer sozialistischen Mehrheit, gebildet durch Sozialdemokraten und Nationalsozialisten, sollte doch nicht einmal im Kopfe eines Selben auftauchen. Sie mögen ja den paar hundert Arbeitern, die sich zu ihnen verirrt haben, etwas von ihrem Auch-Sozialismus erzählen können, aber für Klassenbewußte Arbeiter ist das Wort „deutscher Nationalsozialist“ gleichbedeutend mit Arbeiterverräter, Streikbrecher und Vorkreuzler. Sie sollen darum den Wahn einer „sozialistischen“ Mehrheit, die sie mit bilden helfen, aufgeben und nur schon unentwegt dort Anschlag suchen, wohin sie gehören: bei den geliebten und doch bekämpften Brüdern ihrer „Kampfgemeinschaft“, bei den Deutschnationalen. Die Sozialdemokraten haben mit ihnen weder in Schredenstein noch anderwärts etwas zu schaffen.

Ausland.

Arbeiterproteste gegen das Moskauer Urteil.

Die Arbeiter der Petersburger Metallwerke haben sich durch ihre Gewerkschaft an das Präsidium des Allrussischen Zentralen Exekutiv-Komitees mit dem Ersuchen gewandt, das Urteil des Moskauer Revolutionstribunals gegen die Sozialrevolutionäre zu revidieren und an die Stelle der bedingten Erziehung die Ausweisung der Verurteilten aus Sowjetrußland zu setzen. In ihrem Gesuch weisen die Arbeiter darauf hin, daß der von der Sowjetregierung veröffentlichte Beschluß des Zentralen Exekutiv-Komitees nicht von einer Regierung ausgehen könne, die sich als Arbeiter- und Bauernregierung bezeichne und im Namen des russischen Proletariats auftritt. Die Regierung dürfe ihre Rechte nicht gegen Sozialisten und Freiheitskämpfer richten. Das russische Volk wünscht nicht, daß das Weltproletariat die russische Arbeiterklasse nach den Handlungen ihrer Regierung beurteile.

Die Welle des Protestes gegen das Moskauer Urteil nimmt in Belgien einen immer größeren Umfang an. Bisher haben aus Belgien folgende Arbeiterorganisationen Protesttelegramme nach Moskau geschickt: 1.) Der Genossenschaftsverband von Liege im Namen von 65.000 Arbeiterfamilien; 2.) Der sozialistische Unterstützungsverband im Namen von 360.000 Arbeitern; 3.) Die Sozialistische Federation von Namur; 4.) Der Zentralverband der Belgischen Glasarbeiter; 5.) Der Genossenschaftsverband der Arbeiter von Charlevoix.

Die Sozialistische Partei Frankreichs hat folgendes Telegramm nach Moskau geschickt: „Das Zentralkomitee der Sozialistischen Partei Frankreichs, die Sozialistische Parlamentariergruppe und das Exekutiv-Komitee der Sozialistischen Seine-Federation protestieren voll Entzückung gegen das Urteil des Obersten Tribunals im Prozeß der Sozialrevolutionäre. Sie verurteilen mit aller Entschiedenheit die Einführung des abscheulichen Geiselsystems, das darin besteht, daß das Leben der Verurteilten von den Handlungen und Erklärungen anderer Personen oder von den Aktionen von Lockspiegeln abhängig gemacht wird. Sie erklären, daß die Aufrechterhaltung dieses Urteils die moralische Blockade der verantwortlichen Regierung durch die Sozialisten und Revolutionäre der ganzen Welt erleichtern würde. Gen. Paul Faure.“

Ausfluß an Deutschland — Oesterreichs einzige Rettung!

Ein Manifest an das Oesterreichische Proletariat. — Gegen die Kreditbittgänge Seipels. — Die Bürgerlichen müssen Opfer bringen.

Wien, 23. August. (Eigenbericht.) Der sozialdemokratische Verband hielt heute gemeinsam mit der Parteivertretung, der Genossenschaft und der Gewerkschaft eine Beratung ab, die den ganzen Tag dauerte. Zum Schluß wurde eine Manifestation erlassen. In der Manifestation wird zunächst festgestellt, daß die Oesterreichische Arbeiterklasse mit bewundernswürdiger Besonnenheit trotz der furchtbaren Verelendung jedem Versuch zu blindem Losschlagen widerstanden hat. Es wird aber an die Regierung und die besitzenden Klassen die Warnung gerichtet, diese Besonnenheit der Arbeiterklasse nicht zu mißbrauchen. Dann wird über die Veruche der Regierung, im Auslande Hilfe zu erlangen, gesprochen und gesagt, die Regierung suche diese Hilfe bei den kapitalistischen Westmächten mit gefährlichen Mitteln. Wenn die Methode des Herrn Seipel uns überhaupt noch einen Auslandskredit bringen kann, dann könnte sie ihn nur zu unerhörten Bedingungen erlangen. Dann käme Oesterreich unter die Kontrolle ausländischer Mächte und dies wäre ein vollständiger Verlust seiner Selbstständigkeit. Gegen diese Gefahr der Verschäuerung unserer Selbstständigkeit müssen wir uns zur Wehre setzen. Eine endgültige Lösung des Problems ist nur ein Anschlag an Deutschland. Dann wird festgestellt, daß die bürgerlichen Parteien, den Versuch zur Rettung Oesterreichs sabotieren, und es wird gesagt, was also geschehen solle. Es fehlt nicht an Einladungen der bürgerlichen Parteien

der Regierung beizutreten. Manche kapitalistische Kreise würden es sehr gerne sehen, daß wir in die Regierung einträten. Sie stellen es sich aber so vor, daß nach wie vor in bürgerlicher Weise weitergewirtschaftet wird. Erst wenn den bürgerlichen Parteien die Augen geöffnet werden, können wir mit ihnen arbeiten. Da der Augenblick sofortiges Handeln erfordert, sollen wir mit den bürgerlichen Parteien eine Regierung bilden, um uns ein Ansehen an der Regierungsgewalt zu sichern. Unser Parteitag vom Jahre 1920 hat festgestellt, daß wir mit den bürgerlichen Parteien nur dann eine Regierung bilden dürfen, wenn ein außerordentlicher Notfall es erfordert. Erst wenn sich die bürgerlichen Klassen bewußt werden, daß wenn alles zusammenbricht, auch sie sich nicht werden retten können erst dann wird die Möglichkeit gegeben sein, in Verbindung mit den bürgerlichen Parteien durchzugehen, was durchgesetzt werden muß. Und dann könnte eine zeitweilige Kooperation mit den bürgerlichen Parteien für uns ein Mittel sein, die Republik und die Volkswirtschaft aus der schweren Lage zu retten. Ob die bürgerlichen Parteien die unerlässliche Notwendigkeit einsehen, wird sich zeigen, bis der Nationalrat zusammentritt. Verlangt ein sofortiges Zusammentreten des Parlaments. Es muß festgestellt werden, ob der Nationalrat in seiner jetzigen Zusammensetzung fähig ist, die unaussprechbare Wendung in unserer ganzen Wirtschafts- und Finanzpolitik zu vollziehen.

Kommunistische „Einheitsarbeit“.

Sprengung einer sozialdemokratischen Versammlung in Berlin.

Berlin, 23. August. (Eigenbericht.) Die beiden sozialdemokratischen Parteien haben Dienstag abend in gemeinschaftlichen Gewerkschaften vier öffentliche Versammlungen einberufen, in denen der Moskauer Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre besprochen werden sollte. In diesen Versammlungen ist es zu wilden Szenen gekommen, wie sie bisher in einer Versammlung je dagewesen sind. Die „Brandenburger Rote Fahne“ die als Ersatz der in Berlin eingestellten „Roten Fahne“ erscheint, hat am Morgen ihre Anhänger aufgefordert, in diese Versammlung zu kommen, um mit den „Verrätern abzurechnen“. Als die sozialdemokratischen Arbeiter lange vor Beginn der Versammlung erschienen, fanden sie die Säle bereits voll besetzt von Kommunisten, die sich zu diesem Zweck schon am Nachmittag dahinbegeben hatten. Die bekanntesten Kommunistenführer waren dabei als Regisseure tätig. Keum hatten die Referenten zu sprechen begonnen, erhob sich ein Tumult. Es kam nicht nur zu

wilden Särmiszen, sondern auch zu Tätlichkeiten. Die angehefteten Anhänger des Moskauer Systems wollten keine andere Meinung hören. Die sozialdemokratischen Arbeiter mußten der Gewalt das Feld räumen. Beim Verlassen des Saales wurden sie nicht nur auf das niederträchtigste beschimpft, sondern sie waren auch körperlichen Mißhandlungen ausgesetzt. Viele der Kommunisten benahmten sich nicht wie zivilisierte Menschen, sondern wie Wilde. Das Erschließ der „Roten Fahne“ rühmte sich heute mit dieser Heldentat. Es hat wohl noch in der Nacht nach Moskau telegraphiert, daß das Berliner Proletariat sich von den Sozialdemokraten abgewendet habe und zu den Kommunisten übergegangen sei. Davon ist natürlich keine Rede. Die Sozialdemokraten, die nicht nur in ganz Deutschland, sondern auch in Berlin die Arbeitermassen hinter sich haben, haben nur im Interesse der Arbeiterklasse gehandelt, wenn sie sich auf Handgreislichkeiten nicht eingelassen haben.

Telegramme.

Ermordung Michael Collins.

London, 23. August. (Reuter.) Collins ist nahe bei Bandon in der Grafschaft Cork aus einem Hinterhalt erschossen worden.

Die Nachricht von der Ermordung Collins hat allgemein Schrecken und Erregung hervorgerufen. Man glaubt, daß die Ermordung Collins — nach dem vor kurzem erfolgten Tode Griffiths — die traurige Lage in Irland noch mehr trüben wird. Der Generalstab der irischen Armee hat einen Befehl erlassen, in welchem er der Armee empfiehlt, Ruhe zu bewahren und furchtlos das Werk, welches Collins nicht zu beenden vermochte, fortzusetzen.

Mit Collins ist der Ire der zweite Führer durch den Tod geraubt worden, der, gleich dem jüngst verstorbenen Griffiths, Irland die heute erreichbare Freiheit sichern wollte. Ursprünglich neben de Valera ein furchtloser Kämpfer für die freie Republik, sagte er sich von dem Programm der „Unentwegten“ los, als die Irland angebotene Verfassung eines britischen Dominions dem durch Jahrhunderte geknechteten, aber nie niedergedrungenen Volke wenigstens die innere Freiheit verheißt. Er hatte die Einsicht, daß die Lösung „alles oder nichts!“ den Ire solange zum Unheil ausschlagen muß, als England über seine gegenwärtigen Machtmittel verfügt, und ging darum nicht den Weg des Lord Georges Angebot verwerfenden und den Bürgerkrieg entfesselnden de Valera. Gemeinsam mit Griffith trat er an die Spitze der verböhnungsbereiten irischen Regierung und nun begann die traurige Epoche, da die Kampftruppen von gestern gegen einander zu streiten begannen. Dem Guerillakrieg der „Insurgenten“ de Valera antwortete die „Säuberungsarbeit“ der regulären Regierungstruppen, um jeden Schritt brei Boden, um Gebäude und Scheunen wird gekämpft, Attentat und Hinterhalt sind an der Tagesordnung. Jetzt ist Collins dem entsetzlichen Bruderkrieg zum Opfer gefallen und, eines seiner besten Söhne beraubt, hat Irland noch trübere Tage zu erwarten, als es sich schon hinter sich hat.

Die bayrisch-preussische Verständigung.

Ueberrumt in München.

München, 23. August. (Tsch. P.) Die bayerische Regierung und die Regierungsparteien haben, wie bereits gemeldet, den neuen Ergänzungen zu dem Berliner Protokoll zugestimmt. Man betrachtet in bayerischen Regierungskreisen die Einigung mit Berlin als eine vorläufige Lösung, als einen Waffenstillstand unter den augenblicklich günstigen Umständen. Die endgültige Auseinandersetzung mit der Reichsverfassung von Weimar soll in einer noch günstigeren Situation vorgenommen werden. Im einzelnen gehen die neuen Ergänzungen zu dem Berliner Protokoll dahin, daß Eingriffe in die bayerische Staatshoheit nur nach Verständigung mit Bayern und nach Vorlage im Reichsrat erfolgen sollen. Bei der Ernennung der bayerischen Richter zum Staatsgerichtshof sollen die bayerischen Vorschläge berücksichtigt werden. Die einzelnen Senate des Staatsgerichtshofes sollen ihren Sitz, wenn nötig, auch nach Süddeutschland verlegen dürfen. Beim Oberreichsanwalt soll ein bayerischer Referent alle süddeutschen Angelegenheiten bearbeiten.

Die demokratische „Aschaffenburger Volkszeitung“ wurde wegen angeblicher Beschimpfung der republikanischen (!) Regierung in Bayern auf eine Woche verboten. (Derartige Maßnahmen werden wohl der einzige Gebrauch sein, den die bayerische Regierung vom „Schutzgesetz“ zu machen gedenkt. Wo es die Gegner zu unterdrücken gilt, wird sie auf einmal republikanisch! D. Reb.)

Der Generalstreik in Polen. Mißlingen erfolgreich beendet.

Wlitz, 21. August 1922 (Eigenbericht.) Sonntag wurde der Generalstreik in Ostschlesien abgebrochen, da die Verhandlungen mit den Unternehmern zu einem für die Arbeiter günstigen Ergebnis geführt haben. Die allgemeine Konjunktur hat die Kapitalisten zum Nachgeben bewogen. Sowohl die Eisen-, als auch die Textilindustrie ist vollauf beschäftigt, ja, es werden neue Industrien und Fabriken in Polnisch-Schle-

ffen gegründet. Die Arbeiterklasse hat die Anerkennung des Index in allen Betrieben durchgesetzt und zwar in der Art, daß am 15. des Monats die Indexzahl rückwirkend für den Monat bis zum ersten bestimmt wird, und am 15. die Indexdifferenzen von den Unternehmern ausbezahlt werden.

Die Bergarbeiterinternationale für Milderung der deutschen Kohlensteuern.

Berlin, 22. August. (Wolf.) Laut dem „Vorwärts“ wird sich eine Vertretung der Bergarbeiterinternationale, bestehend aus je einem Engländer, Deutschen, Franzosen und Belgier, demnächst nach Paris begeben, um der Reparationskommission Bericht über die deutsche Kohlenlage zu erstatten. Der Zweck dieser Aktion ist eine Milderung der Bestimmungen über die Lieferung deutscher Reparationskohle zu erzielen.

Die Valutenhaufe in Berlin.

Berlin, 23. August. (Eigenbericht.) Die Kurse der ausländischen Valuten gingen heute an der Berliner Börse wieder um ein beträchtliches in die Höhe. Der Dollar stieg von 1298 an 1438, das englische Pfund von 5817 auf 6466, der Schweizer Franken von 247 auf 275, die Tschechkrone von 3995 auf 5068.

Disziplinierungen nach dem italienisch-Generalkrieg.

Rom, 23. August. Die „Tribuna“ veröffentlicht die Beschlüsse des Disziplinarrates betreffend die Bestrafung der Teilnehmer an dem letzten Generalkrieg. Danach sollen 147 Elektriker entlassen, 476 Beamte dauernd und 55 zeitlich suspendiert werden. Bei der Post soll 82 Beamten und 750 Bediensteten der Lohn von 1 bis 5 Tagen abgezogen und 110 Beamten und 900 Bediensteten die Borrückung von 6—9 Monaten gesperrt werden. Das Blatt behauptet, daß die Regierung den Disziplinierten die Straffähigkeit zugesichert habe.

Ungarische Streiks.

Budapest, 21. August. (HAB.) Der Bergarbeiterstreik in Salgo Tarjan dauert entgegen der Meldung eines Budapester Blattes noch immer an. Die Ursache dieses Streites ist die Arbeitszeit. Die Arbeitgeber fordern mit Rücksicht auf die Kohlennot des Landes eine vierstündige Ueberbeschäftigung, welche die Arbeiter nur bis Ende Dezember zu übernehmen geneigt sind. In den Budapester Lederfabriken sind 5000 Arbeiter in den Streik getreten.

Freundschaftsverträge Italiens und Jugoslawiens.

Dunkle Worte über eine Aktion in Oesterreich? Belgrad, 22. August. (Tsch. P.-B.) Heute wurde folgendes amüßliche Kommuniqué ausgegeben: Anlässlich verschiedener Gerüchte beauftragte der italienische Außenminister Schauer den hiesigen italienischen Geschäftsträger dem Außenminister Nincic zu erklären, daß die italienische Regierung auf dem Standpunkte stehe, die Friedensverträge von St. Germain und Trianon müßten strikt angewendet werden. Ebenso wünsche die italienische Regierung, auf Basis des Vertrages von Rapallo in sehr engen Kontakte mit den Staaten der Kleinen Entente, besonders mit Jugoslawien zu sein, selbst in dem Falle, daß die Unternehmung gewisser Maßnahmen, oder die Ausführung einer von den Ereignissen diktierten politischen Aktion notwendig wäre, um jeder Komplikation, welche geeignet wäre, den Frieden zwischen Europa zu stören, auszuweichen. Außenminister Nincic äußerte die volle Uebereinstimmung der jugoslawischen Regierung mit den Ansichten des italienischen Außenministers.

Belgien rehabilitiert die tschechische Minoritätenpolitik.

Brüssel, 23. August. (Sabas.) „Nation Belge“ bestätigt offiziell die Meldung, daß der Minister des Auswärtigen das Mandat des belgischen Vertreters im Völkerbunde Lafontaine nicht erneuern und daß dieser durch einen anderen Sozialisten ersetzt werden wird. (Nun. des Tsch. P.-B.) Besondere schlug Lafontaine in der in Prag abgehaltenen Konferenz der Völkerbundigen eine Tagesordnung vor, welche die Abstinenz der Vertreter der Kleinen Entente von der Versammlung hervorrief. Das sind, darf man zu dieser Anmerkung des amtlichen Pressebüros hinzufügen, die „großen“ diplomatischen Erfolge des Herrn Dr. Benesch. Von den anderen, der österreichischen Aktion etwa oder der Klärung des Schicksals der Glasarbeiter, kann er weniger Aufhebens machen. D. Reb.)

Sinrichtung des Bischofs Anatol.

Stockholm, 23. Aug. (NA.) Einem Telegramm aus Moskau zufolge wurde Bischof Anatol von Petrus von den Sowjets hingerichtet.

Handelstreife in Irland.

Dublin, 22. August (Reuter.) Die Vernichtung der Kommunikationsmittel seitens der Aufständischen lähmt den Handel und bedroht die Landwirtschaft. Die Banken müssen die Handelsunternehmungen retten, welche vom Ruin bedroht sind.

Tages-Neuigkeiten.

Entlassen. Man muß es selber einmal mitgemacht haben, um sich ganz vorstellen zu können, wie es in einer Familie zugeht, die von ihrem Ernährer eines Abends erfährt, daß ihm der Unternehmer eben den Laupfad gegeben. Der Arbeiter und die Seinen wissen ja in jeder Stunde ihres Lebens, daß ihnen über Nacht auch der farge Verdienst noch entschwinden kann, für den soviel Schwitz geopfert wird. Aber sooft das in der kapitalistischen Gesellschaft Unabänderliche eintritt, gefüllt sich zur nie weichenden Sorge die Ratlosigkeit und augenblickliche Verzweiflung. Bis auf den Keller hatte man ausgerechnet, wie man mit den lumpigen Lohnfronen in der nächsten Woche die dringendsten Bedürfnisse decken werde, sich über die bittere Armut mit dem Gedanken tröstend, daß ja diesem Samstag ein anderer folgt, an dem es vielleicht möglich sein werde, das zu kaufen, wozu heute das Geld nicht reicht. Und nun auf einmal — niederschmetternd, auch wenn man sie kommen sah — die Entlassung. Auf dem Tische liegt das kleine Häuflein Geldscheine und wenn sie verbraucht sind, droht das Nichts, das absolute Nichts. Vielleicht sind noch ein paar Kronen da, die die Mutter dem Wirtschaftsgelde für noch schlechtere Zeiten abzwackt. Aber was dann, wenn auch sie sich in Brot verwandelt haben, was dann, wenn die wenigen, zur bittersten Not entbehrlichen „Luxus“-Gegenstände des armenlichen Hausbraus ins Verfaßamt oder zum Trödler gewandert sind? Wird der Familienvater Arbeit finden, noch ehe das letzte Stück hinausgewandert ist, noch ehe den hungrigen Mägen der letzte Bissen versagt ist? Daß mit dem Arbeitslosen, seiner Frau und seinen Kindern zu gleicher Zeit viele Tausende dasselbe Los teilen, vermag wohl kaum die traurige Lage erträglich zu gestalten. Aber doch knüpft sich daran das mächtigste Hoffen in den Stunden der Ratlosigkeit und der Verzweiflung. Der einzelne Arbeiter, der da neue Arbeit sucht oder darauf wartet, bis ihm das alte Fabrikstor wieder öffnet, ist ohnmächtig. Aber allen Leidensgefährten zusammen gibt die Zahl Kraft und Vertrauen, die Not zu befeigen, wenn sie festen, einigen Willens sind. Und mit ihnen, den Arbeitslosen, müssen, wenn nötig, jene mit zum Kampfe antreten, die heute noch alle sechs Tage in der Woche oder auch nur jeden zweiten, jeden dritten Tag arbeiten dürfen. Sie, die anderen, deren Arbeit man noch braucht, müssen die Zurechtweisung der Entlassenen sein. Diese, die schwere Tage vor sich sehen, mögen nicht einen Augenblick verzweifeln: sie werden im Kampf gegen ihr Schicksal nicht einsam bleiben.

Monneret und werbel! Bis zum 1. September d. J. soll jeder Vertrauensmann der Partei, der Gewerkschaften, der Genossenschaften, jeder Gemeindefunktionär, jede Lokalorganisation und jede Ortsgruppe unserer Gewerkschaften, aber auch jeder Angestellte unserer verschiedenen Institutionen Abonnent des Zentralorganes der deutschen sozialdemokratischen Partei, des „Sozialdemokrat“ sein! Wir richten daher an alle jene Genossen und Genossinnen, welche noch nicht zu den Abnehmern unseres Blattes zählen, das dringende Ersuchen, die Anmeldung zum Bezuge ab 1. September d. J. unverzüglich vorzunehmen.

Es gilt für sie, eine veräumte Pflicht nachzuholen! Darüber hinaus bitten wir aber alle Genossen und Genossinnen, durch persönliche Einflussnahme in ihren Organisationen, durch energische Werbetätigkeit von Mann zu Mann dem Blatte neue Abonnenten zu gewinnen. Wir verweisen auf die Abnommementsanmeldung im Inseratenteil unserer heutigen Ausgabe. Setze jeder Genosse, jede Genossin, ihren Ehrgeiz daran, dem Zentralorgan der Partei, dem „Sozialdemokrat“ neue Abonnenten zuzuführen!

Sakrosanfte Persönlichkeiten. Wir teilen vor einigen Tagen die Heldentaten des Woborners und Portiers des Hannsdorfer Bahnhofes Hornischer der Öffentlichkeit mit, der an zwei Brünner Mädchen, die dort zur Erholung weilten, ein schreckliches Verbrechen verübte wollte. Es wäre nur selbstverständlich, wenn ein derartiges Individuum unschädlich gemacht würde, umso mehr in einem Staate, in dem ein Vertreter der christlichen Religion Eisenbahnminister ist. Aber nichts ist geschehen. Die Bahnverwaltung hat den Verbrecher zwar von seinem Posterdienste abgezogen, dafür aber ins Magazin versetzt, wo er ruhig weiter Dienst macht. Unter der Bevölkerung von Hannsdorf herrscht darüber große Aufregung. Derartige Rechtszustände sind geradezu unhaltbar. Die bloße Jugendhörigkeit zu einem Wobor scheint den Behörden sehr zu imponieren. Oder erwartet die Dmähre Direktion, bis Hornischer seine Heldentaten fortsetzt?

Das Gesetz über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ist am 22. d. M. kundgemacht worden und bezieht sich auf Syphilis, Gonorrhoe (Tripper) und weiche Geschwüre. Jeder, der von einer solchen Krankheit in dem Grade ergriffen ist, daß er eine Ansteckung herbeiführen kann, ist verpflichtet, sich von einem zur ärztlichen Praxis berechtigten Arzte behandeln zu lassen. Für Unbemittelte wird die Behandlung auf Staatskosten vorgenommen. Wer einer Uebertretung oder eines Vergehens gegen das Gesetz verdächtig ist, muß sich einer ärztlichen Untersuchung unterziehen; dabei ist der gute Name der Person zu schonen. Die Behörde hat raschest vorzugehen und kann einstweilige Verfügungen zur Verhinderung der Ansteckung treffen. Bei Gefahr der Ansteckung anderer kann Zwangsbehandlung in Anstalten angeordnet werden. Auch nach der Behandlung kann der behandelnde Arzt oder das Amt periodische Nachuntersuchungen anordnen, denen sich

Blutige Arbeitslosendemonstration in Wien.

Sturm auf das Parlament.

Wien, 23. August. (Eigenbericht.) Heute war in Wien wieder eine große Arbeitslosendemonstration. Die Arbeitslosen hatten sich in der Früh bei den Arbeitsvermittlungsgesellschaften eingefunden, wo ihnen die Antwort der Regierung auf ihre Forderungen mitgeteilt wurde. Sie waren mit dieser Antwort höchst unzufrieden, weil die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, die die Regierung zugesagt hat, unzulänglich ist. Die Arbeitslosen beschloßen zum Parlament zu ziehen. Dort wurde eine Abordnung gewählt, die in den Klub der sozialdemokratischen Abgeordneten ging und dort ihre Forderungen überreichte. Die Abgeordneten haben zugesagt, daß sie die sofortige Forderung des Parlamentes verlangen werden und daß sie, wenn das Parlament einberufen ist, dort die Arbeitslosenfrage zur Sprache bringen werden. Sie erklärten ferner, daß sie von der Regierung eine außerordentliche Zuweisung für die Arbeitslosen fordern werden. Die Abordnung gab sich damit zufrieden und berich-

tete vor dem Parlamente. Die Mitglieder des Arbeitslosenkomitee versuchten die Menge zum Weggehen zu bewegen. Ein Teil folgte dieser Aufforderung, die anderen, meist jugendliche, blieben vor dem Gebäude und hielten Ansprachen. Schließlich machten die Arbeitslosen einen Ansturm auf das Parlament und es gelang ihnen auch die Tür des Hauses einzubringen. Wache mit gezogenen Säbeln verdrängte die Menge und räumte den Ring und den Platz vor dem Parlamente. Es kam zu Zusammenstößen zwischen den Demonstranten und der Wache, wobei es mehrere Verletzte auf beiden Seiten gab. Die Anzahl der Verwunden konnte nicht konstatiert werden, da die meisten davon, nach Hause gingen. Nur in zwei Fällen wurde die freiwillige Rettungsgesellschaft berufen. Ein junger Mann war von einem Säbelstich verwundet und ein Mädchen von Weintropfen befallen worden. Auch zwei Polizisten wurden verletzt.

Oesterreichs Bundeskanzler in Berlin.

Deutschland bereit, „im Rahmen des eigenen Könnens“ dem Brudervolle Hilfe zu leisten.

Wien, 23. August. Die amtliche Nachrichtenstelle meldet aus Berlin: Der Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Seipel und des ihn begleitenden Finanzministers Sepp bei der Reichsregierung in Berlin hat heute abends mit der Abreise der österreichischen Herren nach Wien seinen Abschluß gefunden.

Die Besprechungen mit der Reichsregierung trugen den Charakter einer herzlichen nachbarlichen Freundschaft. Die politischen Verhandlungen, die gestern abends beim österreichischen Gesandten Dr. Kiedl eingeleitet worden waren, wurden heute mittags vor einem Frühstück, das der Reichskanzler den Vertretern der österreichischen Regierung gab, fortgesetzt und nachmittags zu Ende geführt. Den Besprechungen wohnten auch die Finanzminister der beiden Länder und der deutsche Reichswirtschaftsminister bei. Der österreichische Kanzler erklärte ausführlich die Lage, wie sie sich vom politischen und wirtschaftlichen Standpunkte aus für Oesterreich nach dem Ausgange der Londoner Konferenz ergeben habe. Bekanntlich wurde Oesterreich dort hinsichtlich

der Kreditfrage an den Völkerbund vertreten. Der Bundeskanzler legte dar, daß Oesterreich nach Lage der Dinge selbstverständlich seine Angelegenheiten beim Völkerbunde mit allem Nachdruck betreiben werde, daß aber eine Verschleppung nicht nur für Oesterreich, sondern auch für Mitteleuropa von Nachwirkungen sein müßte. Die Besprechungen ergaben vollkommene Uebereinstimmung darüber, daß Oesterreich bis zur Erledigung der Kreditfrage trachten müsse, durch wirtschaftliche Maßnahmen, bei denen es naturgemäß auf die Unterstützung seiner Nachbarn angewiesen sei, in der Zwischenzeit über die gegenwärtigen Schwierigkeiten hinwegzukommen.

Im Anschlusse hieran wurde eine Reihe von Einzelfragen erörtert, wobei auf deutscher Seite die freundliche Bereitwilligkeit hervortrat, im Rahmen des eigenen Könnens dem bedrängten Brudervolle wo irgend möglich Hilfe zu leisten. Detailverhandlungen über die sich hiebei ergebenden konkreten Aufgaben schloßen sich an die Berliner Besprechungen an.

der Betreffende unterziehen muß. Der Arzt ist verpflichtet, Verletzungen des Patienten bei der ordentlichen Behandlung amtlich anzuzeigen, doch ist die Bohrung des Amisobeiweins zugesichert. Schriftliche Behandlung ist verboten, ebenso das Zubringende oder standeswidrige Anbieten seitens der Ärzte zur Behandlung. Geeignete Maßregeln zur Auffklärung der Jugend werden von der Staatsverwaltung angeordnet werden. — Die Reglementierung der Prostitution und die Freudenhäuser werden aufgehoben und es werden Anstalten zur Besserung der Prostituierten errichtet. Der Jugend bis zum 18. Lebensjahre, die sich einer unzüchtigen Lebensführung ergibt, wird besondere Fürsorge zugewendet werden. Die dritte Abteilung des Gesetzes enthält die Strafbestimmungen.

Die Bestattung des Jng. Fleischer, des verstorbenen tschechischen sozialistischen Schriftstellers, fand Dienstag im Prager Krematorium statt. An der Bahre hielt namens der tschechischen Sozialdemokraten den Nachruf Genosse Stibin, namens der Arbeiterakademie, deren kulturelle Bestrebungen der Verstorbene in bedeutender Weise gefördert hatte, deren Vorsitzender, Präsident des Abgeordnetenhauses Tomasek.

Eine blutige Intervention sächsischer Grenzorgane. An der Großschönauer Grenze wurde Montag abends der Arbeiter Franz Pracht aus Warnsdorf von sächsischer Landespolizei angehalten und untersucht. Es wurde ihm ein Pfund Margarinebutter und der Grenzausweis abgenommen. Nach der Revision begannen plötzlich die den Arbeiter untersuchenden Grenzorgane mit Gummistockschlägen auf ihn einzuschlagen. Sie mißhandelten ihn derart unmenslich, daß er am ganzen Körper blutunterlaufene Stellen davontrug. Endlich ließen die Polizisten von dem Wanne ab, der von Augenzeugen nach Hause geleitet wurde. — Die Empörung unter der Bevölkerung ist, wie die „Abwehr“ aus Warnsdorf meldet, eine ungeheure, einmal es sich in diesem Falle um einen Arbeiter handelt, der wegen eines halben Kilogramms Margarinebutter beinahe zu Tode geprügelt worden wäre. Die Verhältnisse an der sächsischen Grenze drohen äußerst kritisch zu werden. Die Veruche der größtenteils arbeitslos werdenden Arbeiterschaft an der sächsischen Grenze, sich drüben wenigstens billige Lebensmittel zu verschaffen, kommen immer mehr in Widerspruch mit den Absperrmaßnahmen der sächsischen Behörden.

Die Größe der jugoslawischen Städte. Nach der letzten Volkszählung in Jugoslawien hat Belgrad 111.740, Agram 108.888, Serajevo 100.083, Raibach 88.308, Neufah 89.147, Ofen 84.641, Spalato 81.542, Marburg 80.641, Risch 75.084, Jenlin 18.542, Karlowak 16.827, Mostar 16.541, Banjaluka 16.413 und Cetinje 5704 Einwohner.

Die Erneuerung der Kleinpachtungen. Das Sekretariat des Zentralverbandes der deutschen Kleinbauern und Häusler ersucht uns um Auf-

nahme folgender Zeilen: Das Gesetz vom 13. Juli d. J., Nr. 213 der Sg. d. G. u. B. über die Erneuerung der Kleinpachtungen ist voreben herausgekommen. Es veräume kein Kleinpächter, seinen Pächter rechtzeitig mitzuteilen, daß er die in Pacht gehaltenen Grundstücke auch weiterhin in Pacht behalten will. Die Festsetzung des Pachtzins erfolgt nach dem an der Prager Produktienbörse durch das Landwirtschaftsministerium amtlich ermittelten Durchschnittspreis für Korn in den Monaten August, September und Oktober. Der Pachtzins wird im Weidengebiet dem Preise für 150 Kilo Korn, im Kartoffelgebiete für 180 Kilo Korn, im Getreidegebiet für 250 Kilo Korn, im Rübengebiete für 300 Kilo Korn gleich sein. Es ist daher kein Pächter verpflichtet, vor der amtlichen Rundmachung dieser Durchschnittspreise auf irgendwelchen, vom Pächter geforderten Pachtzins einzugehen. Weitere Auskünfte erteilt das Sekretariat des Zentralverbandes der deutschen Kleinbauern und Häusler in der Tschechoslowakischen Republik, Teplitz-Schönan, Seilerstraße 1.

Die Direktion des Weinberger Theaters hat demissioniert. Wie die tschechische Presse meldet, hat die Direktion des städtischen Theaters in Prag-Weinberge ihre Funktionen niedergelegt und ihren Schritt mit der Tatsache begründet, daß durch das Prager Nationaltheater dem Weinberger Theater alle guten Kräfte durch laufende Engagements weggenommen werden. Das Nationaltheater sei in der Lage, durch solche Maßnahmen die Weinberger Bühne vollständig zu ruinieren, da ihr Landesgelder in unbegrenztem Maße zur Verfügung stehen. Das Weinberger Theater, das auf seine Einnahmen allein angewiesen sei, könne das Sinaustreiben der Engagements, wie es vom Nationaltheater zur Kapertung hervorragender Kräfte betrieben werde, nicht mitmachen und die Direktion sehe sich daher gezwungen, jede Verantwortung für die Weiterentwicklung der Dinge abzulehnen und zurückzutreten.

Raubmord. Vor einigen Tagen fanden Sommerfrüchler in einem Nichtenwäldchen unweit Roth-Hof bei Klein-Wohrau im Altatergebirge unter einem Eichenbüschel die Leiche der seit 30. Juli verschollenen 19jährigen Marie Kager. Wie amtlich festgestellt wurde, war das Mädchen durch Schläge mit einer eisernen Hantel auf den Kopf getötet worden. Die Kader hatte bei ihrem Verschwinden 5000 K. die sie als Erbeil von ihrer Schwester erhalten hatte, bei sich. Da man das Geld bei der Leiche nicht vorfand, so erscheint die Annahme, daß ein Raubmord vorliegt, gerechtfertigt.

Im Aufzug eingeklemmt. In einem Hause am Benzelsplatz in Prag fuhr der Diener Josef Horka aus Prag-Roditz in einem Aufzug in den dritten Stock. Als er aus dem Aufzug aussteigen wollte, ging der Aufzug plötzlich in die Höhe und Horka blieb mit einem Fuße zwischen Aufzug und Mauer hängen. Aus seiner qualvollen Lage konnte er erst nach einer Stunde durch Abreißung eines Mauerstückes befreit werden.

Kleine Chronik.

Explosionsunglück in Vissabon. Nach einer Meldung des „Matin“ aus Vissabon sind in einer Fabrik für Feuerwerkskörper durch eine Explosion neun Personen getötet und elf verletzt, sowie ein bedeutender Schaden verursacht worden.

Schweres Zugunglück. Wie die Morgenblätter berichten, ereignete sich Montag auf der Wendelsteinbahn ein schweres Zugunglück. Aus unbekannten Ursachen stürzte ein Zug der Bahn unterhalb des Berghotels, an der sogenannten Meudelscharris, um. Gegen 30 bis 40 Personen wurden verletzt, darunter mehrere schwer. Eine Person, die aus dem umstürzenden Zuge absprang, stürzte die Felswand hinab.

Schwerer Unfall auf der Frankfurter Bühne. In einer Vorstellung von Shakespeares „Sommertraum“ im Frankfurter Schauspielhaus ereignete sich ein schwerer Unfall auf der Bühne. Die Künstlerin Schbill Wusse, die die Titania spielte, mußte im dritten Akte eine große Glascheibe betreten, die einen Tisch darstellte. Die Künstlerin brach beim Betreten durch die Scheibe und stürzte mit einem lauten Aufschrei in die Versenkung. Die Vorstellung mußte vorübergehend unterbrochen werden. Der Spielleiter teilte dem erregten Publikum mit, daß sich die Künstlerin bei dem Fall leider ziemlich erheblich verletzt habe. Nach Einsprüche einer Kollegin konnte die Vorstellung zu Ende geführt werden.

Jagd nach Raubmördern in Hamburg. In der Golbanaustraße von Karl Sauer u. Berge in der Königstraße drangen zwei junge Burken ein und schossen den 75 Jahre alten Inhaber Berges nieder. Nach der Tat ergriffen die beiden Verbrecher die Flucht, verfolgt von einer nach Hunderten zählenden Menge. Auf dem Gäsemarkt schloß einer von den Flüchtlingen auf die Verfolger und verletzte dabei zwei Sipolente, einen Arbeiter, ein 17-jähriges Mädchen und eine Frau. Die Flucht der beiden Täter setzte sich bis zu dem Gäseviertel fort. Hier verbarrikadierten sie sich auf einem Boden, durchbrachen die Dachwand und versuchten, auf das Dach zu entkommen. Von allen Seiten kamen nun Sipolente herbei, um eine Flucht zu vereiteln. Nicht gab es die Täter etwa 20 Schüsse ab, ohne jemanden zu treffen. Die Polizisten eröffneten ihrerseits das Feuer und verletzten einen der Mörder tödlich. Drei andere konnte in der entstandenen Verwirrung entkommen.

Das amerikanische Einwanderergesetz, das die Zahl der Einwanderer nach der Menge der von der betreffenden Nationalität bereit in den Vereinigten Staaten Wohnen bestimmt, ist schon häufig Gegenstand schwerer Angriffe durch die Presse gewesen. Seine sinnlose Härte, die durch die buchstäbliche Anwendung bisweilen bis ins Groteske gesteigert wird, zeigt sich jetzt wieder an einem jüngst vorgekommenen Fall, über den sich die englischen Zeitungen entzünden. Es handelt sich dabei um eine Familie Cooper, bestehend aus dem Vater, der Mutter und einem zweijährigen Kinde. Die Mutter, die sich bereits seit einem Monat auf der Einwandererstation von Ellis Island befindet, ist in Australien geboren, während ihr Gatte und ihr Kind in England das Licht der Welt erblickt haben. Für das Einwanderungsgesetz ist jedoch das Geburtsland allein maßgebend, und so wird Mrs. Cooper, trotzdem sie an einen Engländer verheiratet ist, als Australierin angesehen. Da die Quote der zugelassenen Australier nun bereits erreicht ist, hat man der Unlöslichkeit die Einwanderung nicht gestattet, während man ihre Familienangehörigen ins Land gelassen hat. Ein nach Washington gerichteter Beschuldigung hat keinen Erfolg gehabt, und die von ihrem Kind getrennte Mutter mußte nach Europa zurückkehren.

Eine neue Antike. Die archäologische Sammlung der Universität Zürich hat gegen Ende des vergangenen Jahres eine sehr reizvolle Antike albanischer Herkunft erworben, die Otto Waser sehr im „Kunstwanderer“ einnehmend beschreibt. Es ist ein tadellos erhaltener, aber unter dem Rinn abgegraben, offenbar weiblicher Kopf in Lebensgröße, vielleicht der Kopf einer Göttin, doch deutet das Fehlen der Kopfbünde eher auf eine menschliche Gestalt hin. Der Vergleich mit Denkmälern aus der Epoche vor Pheidias zeigt, daß es sich bei der Gesichtsform und der Bildung der oberen Gesichtshälfte unverkennbar um Stilelemente jener Zeit handelt, etwa der des Kalamis, jenes attischen Meisters der Rimonischen Epoche, der den Uebergang von der reifbarischen Kunst zu der des Pheidias vermittelt, und dem die Alten besondere Freiheit und Anmut nachrühmen. Dagegen spricht die Oberflächenbehandlung, die belebte Darstellung der Unterpartie des Gesichtes und die summarische Wiedergabe des Haupthaars sowie der tiefe Ansay der Chren für Entstehung in einer späteren Zeit, da es ankam, frühere, namentlich klassisch-attische Werke nachzuahmen. Fundort und Material weisen nach Nordgriechenland. Waser faßt seine Ergebnisse dahin zusammen, daß es sich um ein Werk handeln dürfte, das ungefähr im ersten Jahrhundert v. Chr. von einem archaischen Künstler etwa für einen kunstliebenden Römer geschaffen wurde, vielleicht nach dem Vorbild einer berühmten Statue aus der ersten Hälfte des fünften Jahrhunderts, die dabei teils bewußt, teils unbewußt in effektiver Weise umgestaltet worden ist. Der Fundort, das Kloster Poianni, entspricht dem damaligen Apollonia, einer Stadt von Bedeutung, wo auch der junkie Oktavian die sechs Monate vor der Ermordung Cäsars verbracht hat. Die Statue war vermutlich an einer Wand aufgestellt, stand hoch mit vorgebeugtem Kopf und war hauptsächlich auf dekorative Wirkung berechnet, so daß sie mit der größten Wahrscheinlichkeit als Grabfigur, etwa als eine über ihre Leiter gebogene Grabstirne anzusprechen ist, wie uns solche in Statuen und Reliefs erhalten sind.

Gesallen, leidet und verbreitet die Arbeiterpresse.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Gewerkschaftspalter in der Textilindustrie.

Nachdem die Kommunisten nun glauben, in der Union der Textilarbeiter genug geleistet zu haben, werfen sie sich mit aller Macht auf den tschechischen Bruderverband der bisher von der Zerstörungsbewegung verschont war. Sie haben sich dazu in erster Linie ein Gebiet ausgesucht, das ihnen für ihre Tätigkeit besonders günstig erscheint, weil dort deutsche und tschechische Arbeiter in Betracht kommen. Nachdem die Königinhofer Textilarbeiter so weit sie in kommunistischen Lager sind, im Brüner Verbande Schwereigkeiten machten, wurde auch dort zur Auflösung dieser Gruppe geschritten. Die Kommunisten scheuten dabei keine Mittel, und warfen in tausenden Exemplaren ein Flugblatt in tschechischer und deutscher Sprache heraus, welches von Lügen frohst. Das Flugblatt hat übrigens eine veräuseltete Ähnlichkeit mit den Flugblättern, welche im Zwidauer Gebiete verbreitet wurden, sodas wir uns eines Verdachtes nicht erwehren können, das sie aus einer Feder stammen, trotzdem es sich hier um zwei Verbände handelt. Insbesondere werden natürlich die Sekretäre des Brüner Verbandes als Verräter und Zerstörer der Einheitsfront hingestellt. Die Kommunisten weisen in ihrem Flugblatt darauf hin, das jeder gewissenhafte Textilarbeiter ob deutscher oder tschechischer Zunge, in den tschechischen chemischen Verband hinein gehört. Das ist die von ihnen gepredigte Einheitsfront.

Vorerst wollen wir nun feststellen, das die Zerschlagung der einheitlichen Organisation Wasser auf die Mühlen der Nationalen und Christlichsozialen ist, und das diese Leute dementsprechend sofort mit einer ganz energischen Tätigkeit im Königinhofer Gebiete begannen. Trotzdem die Herren Kommunisten sofort auch eine Agitation unter den deutschsprachigen Arbeitern von Königinhof entfalteten, und dazu ihren Sekretär May in dieses Gebiet entsandten, ist es nun doch gelungen, eine große Anzahl deutscher Arbeiter, welche sich weder von bolschewistischen Hirnspinnereien, noch von den christlichen Versöhnungsdiskursen irreführen ließen, für die Union der Textilarbeiter zu gewinnen. Wenn man berücksichtigt, das in der Union die Beiträge bedeutend höher sind wie in den tschechischen Verbänden, so bedeutet es immerhin einen Erfolg und beweist uns, das auch die Königinhofer Arbeiter zum großen Teil wissen, wo sie die wahre Vertretung ihrer Klasseninteressen finden. Die anderen aber, die sich blindlings verleiten lassen, dem Zerstörungswerk ihre Zustimmung zu geben, werden erst den Leidensweg gehen müssen, der sich im Königinhofer Gebiete durch das proletarische Benehmen der dortigen Unternehmer besonders bemerkbar machen wird. Sie werden ganz gewiss früher oder später mit denjenigen, abrechnen, welche sie heute in diese peinliche Situation gebracht haben. Der Lohn den diese Herren dafür erhalten, wird gewiss in keinem Einklange stehen, mit dem ungeheuren Schaden, den die gesamte Arbeiterschaft von Königinhof erleidet. Der Klassenbewußten Arbeiterschaft Aufgabe muß es sein, auch dieses Hindernis zu überwinden.

Lohnabbau in der Leinenbleiche. Die Leinenbleichfirmen, wie ihre Kollegen in den anderen Branchen sind auf einmal nicht konkurrenzfähig, wenn der Arbeiter nicht ein Fünftel seines Lohnes einbüßt. Bei dieser schweren und wirklich gesundheitsgefährdenden Arbeit bewegt sich der Stundenlohn zwischen 3 Kronen und 4.20 Kronen. Die Bleicharbeit können nur starke Leute verrichten und darf auch dieser Arbeiter keine empfindliche Natur haben. Das der Lohnabbau den Preisabbau nicht fördert, beweist der Leinwandhandel vom März bis Juni dieses Jahres. Der Index betrug im März 1414, im April 1415 und im Mai und Juni 1473. Seit dem Monat März, wo die Löhne abgebaut werden und der Wert der Krone um das Doppelte gestiegen ist, steigen auch die Preise mit. In Betracht kommen bei dieser Lohnbewegung die Firmen Auger-Hermannsheim, Hanke-Tribenwasser und Bleichwerke Oberaltstadt mit circa 3000 Arbeiter. Da diese Arbeit immer mit der schlechtestbezahlten war, dürften die Arbeiter nicht ganz ruhig bleiben, wenn man sie ganz aushungern will.

Ausperrung der Arbeiter bei der Fa. Kallits in Jungbunzlau. Nachdem die Arbeiter in diesem Betriebe den ununterbrochenen Provolationen von Seite der Christlichen und Selben nicht mehr ruhig zusehen konnten und verlangten, das diese mit ihrer Zerstörungsbewegung gegen die Einheitsorganisation aufhören, wurden sie nun Dienstag ausgeperrt. Ob der Konflikt beseitigt werden kann, läßt sich zur Stunde nicht sagen. Die Vertreter der Gewerkschaft sowie der Behörde haben sofort das Nötige veranlaßt, um eine Lösung in dieser Situation zu finden.

Bekämpfung der Teuerung in Jugoslawien. In der heutigen Sitzung des Ministerkomitees zur Bekämpfung der Teuerung erstatten die Minister Bericht über die bisherigen Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Teuerung beschlossen worden seien. Es wurden folgende Ausfuhrzölle beschlossen: Für Weizen 150 Dinar pro 100 Kilogramm. Die Ausfuhr von Hafer ist überhaupt verboten, für Schweine über 60 Kilogramm Lebend- oder Totgewicht 1000 Dinar pro Stück. Für Weizenmehl wurde ein Ausfuhrzoll von 110 Dinar festgesetzt.

Wo ein Lohnabbau nötig wäre. Die hohen Löhne der Arbeiter bilden den Gegenstand der Aufmerksamkeit der gesamten bürgerlichen Presse. Um die Wirtschaftskrise zu beseitigen, so sagen

die Verteidiger der kapitalistischen Ordnung, um die tschechoslowakische Industrie wieder konkurrenzfähig zu machen, so meinen die patentierten Patrioten, sei es notwendig, die Löhne der Arbeiter herabzusetzen. Dagegen spricht niemand von den hohen Löhnen der Bankdirektoren. Wie das „Pravo Lidu“ berichtet, ist der Direktor der Zivnostenska Banka Dr. Preiß, Mitglied der Verwaltungsräte folgender Unternehmungen: Tschechoslowakische Handelsgesellschaft, Gesellschaft für Zuderindustrie, Zuderfabriken Schöller u. Co., Aktiengesellschaft für Holzverwertung, Elektrotechnische Unternehmungen, früher Kolben u. Co., Petroleum-Franto, Baurin u. Klement, Autofabrik, Vereinigte Fabriken landwirtschaftlicher Maschinen Melichar, Umvrah, Maschinenfabrik Kopal u. Jahn, Stodawerke, Maschinenfabriken Kufston, Bromowsky, Ringhoffer, Prager Aktiendruckerei Textilunternehmungen Herenyh, Aktiengesellschaft Alazar. Aus diesen Verwaltungsratsstellen allein bezieht Dr. Preiß ein Einkommen von 500.000 Kronen. Außerdem ist er Direktor der Zivnostenska Banka und sein Gesamteinkommen beträgt etwa zwei Millionen Kronen jährlich. Es wäre wohl eher notwendig, einen Lohnabbau bei den Bankdirektoren durchzuführen als bei den Arbeitern.

Schutzölle in den Vereinigten Staaten. Die Zolltarifvorlage ist Samstag vom Senat angenommen worden. Sie wird als eine außerordentlich schutzöllnerische Maßnahme hingestellt. Sie enthält 2200 Änderungen der Vorlage, wie sie vom Repräsentantenhaus angenommen worden war. Die Senatsvorlage ermächtigt den Präsidenten, bis zum 1. Juli 1924 die Zölle nach oben und unten bis zu 40 Prozent abzuändern. Sie sieht in vielen Fällen höhere Sätze vor als die Vorlage des Repräsentantenhauses. Außer hohen Zöllen auf Chemikalien verlangt die Vorlage auch Zölle auf Stahlwaren bis zu mehreren hundert Prozent, Zölle auf Spielzeug mit 60 und auf Spitzen mit 90 Prozent. Die Vorlage geht nun dem Konferenzausschuß zu.

Kurze der Balken.

Prager Kurse. Es kosteten: 100 holl. Gulden 1104, 100 Mark 2.30, 100 schweiz. Franken 554.50, 100 Lire 128.75, 100 franz. Franken 227.25, 1 Pfund Sterling 130.25, 1 Dollar 29.60, 100 belg. Franken 226, 100 Dinar 32.25, 100 österr. Kronen 0.04, 100 polnische Mark 0.37 1/2, 100 ung. Kronen 1.65.

Zürcher Kurse. Berlin 0.88 1/2, Wien 0.00 1/2, Prag 17.90, Holland 204.40, New York 5.24 1/2, London 23.48, Paris 41.57, Mailand 23.55, Budapest 0.33, Agram 1.50, Warschau 0.06 1/2, Wien ge. 0.00 1/2.

Kunst und Wissen.

„Tiefland“ im Neuen Deutschen Theater. Abgleich Max Kriener. Mit D'Alberis populärem Sumpfdrama wurde Dienstag die neue Spielzeit im Deutschen Theater eröffnet. Mangels interessanter Charaktere und tieferer Anlage der persönlichen Triebkräfte kommt man in Versuchung, das Werk als bildliche Darstellung eines überlebten slawenhaltenden Kapitalismus aufzufassen, die handelnden Personen nur als Typen einer verfallenen Zeit zu nehmen. Von diesem Gesichtswinkel betrachtet, wirkt das ganze noch erträglich, besonders durch Max Krieners Darstellung des Land und Leute nehmenden Sebastiano, der bei diesem Sänger kein berechnender struppeloser Lump, sondern mehr eine überkommene Macht herkömmlich fast unbewußt ausnützendes, alles um sich terrorisierendes Raubtier ist, das lange nicht weiß, das es raubt und ein Tier ist. Max Kriener, der lange als Heldendarsteller am Deutschen Theater wirkte, nun aber bald einem Ruf an die Oper nach Bremen folgen wird, hat sich in „Tiefland“ offiziell verabschiedet. Seine Vorgänge bei dieser Gelegenheit aufzuzählen, erübrigt sich wohl; denn sie sind allseits in lebhafter Erinnerung. Die Partie des Sebastiano bot dem Sänger und Darsteller übrigens reiche Gelegenheit, alle seine Kräfte leichten zu lassen und besonders seine mächtigen Stimmittel und Gesangsqualitäten, sowie sein musikalisches und darstellerisches Temperament. Des Rollenkreises aber zu gedenken, den Kriener meistert, ist nicht möglich, weil man schier alle Opern nennen müßte, in denen Helden- oder Kraftmenschen vorkommen. Nicht unerwähnt möchte ich hingegen lassen, das wir in Max Kriener einen wackeren, langjährigen Parteigenossen hatten, der bewiesen hat, das stätiges Interesse für soziale und wirtschaftliche Probleme auch mit dem Bühnenberufe aus vereinbaren läßt. — Wenig erfreulich ist über Krieners Partnerin, Fräulein Olga Forrai, zu berichten, die sich als Maria dem Publikum vorstellte. Denn selbst, wenn man alle denkbaren Entschuldigungsgründe in Rechnung stellt, dürfte doch kein solches Defizit resultieren, wie bei dieser Debütantin, die in stimmlicher und gesanglicher Hinsicht vollkommen versagte, von bühnergemäßer Anlage einer Partie so gut wie nichts weiß und im Spiel direktantisch berührt. Wenn die Aufführung trotzdem gerettet werden konnte, so ist dies das Verdienst des Kapellmeisters (wenn ich nicht irre, war es Chordirektor Wilmann, der für guten Fluß und abgetönten Ausdruck sorgte) und Herrn Wachs, dessen Bedro eine jamose Leistung ist. Kriener wurden lebhaft Ovationen bereitet. Dr. J. R.

Neues Theater. Heute Donnerstag „Sean“ mit Leopold Kramer a. G. in der Titelrolle; Freitag „Carmen“; Samstag als vollständige Vorstellung zu ermäßigten Preisen „Hollendlut“; Sonntag „Frühlingluft“; Montag zur Feier von Goethes Geburtstag „Faust“ (1. Teil).

Kleine Bühne. Sonntag abend Eröffnungsvorstellung „Die japanische Puppe“.

Literatur.

Brügel Ludwig: „Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie“. 2. Band, Wien 1922, Wiener Volksbuchhandlung. Nachdem der erste Band des großen angelegten Werkes die österreichische Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis zum großen Wiener Hochverratsprozess gegen Scheu, Oberwinder und Genossen begleitet hat, schildert der eben herausgekommene zweite Band die unendlich grauen Siebzigerjahre des neunzehnten Jahrhunderts. Unter den Verfolgungen eines in bürgerlichem Egoismus verkommenen sogenannten „Liberalismus“ und noch mehr unter innerem Zwist brachen damals die so vielversprechend ins Leben gerufenen Organisationen wieder zusammen, und das trübe Bild, welches Oesterreich darbietet, wiederholt sich im großen bei einem Blick auf die internationale Bewegung. Hier begegneten einander Bismarcks Kampf gegen den Sozialismus und die vergeblichen Bemühungen, zu einer internationalen Vereinigung zu kommen, in ebenso verhängnisvoller Weise. Kein Sonnenstrahl fast fällt in dieses von Brügel geschilderte Jahrzehnt, die unsäglichen Opfer und Leiden, welche über die Führer der Bewegung hereinbrachen, zeitigten keinen sichtbaren Erfolg, und mancher verdiente Mann geriet auf Abwege oder schwenkte vorzeitig ab, so der zum Verräter werdende Oberwinder und der idealistisch gesinnte, doch der dauernden Widerstandskraft ermangelnde Dr. Hippolyt Tauschinsky. Gleichwohl war die Zahl der zum Sozialismus haltenden Arbeiter 1873 schon bedeutend genug, Wien zählte in diesem Jahre 35.368, Böhmen 11.707, Mähren 4616, Schlesien 760 Organisierte, im ganzen gab es 237 Arbeitervereine mit 80.309 Mitgliedern und sieben Zeitungen. Die Hauptthemen, denen Brügels Darstellung gilt, sind die Rekonstitutionierung der Arbeitervereine, der mit neuen Repressalien bald nach der Amnestierung der „Hochverräter“ einsehende Kampf der Machthaber gegen den politischen Zusammenschluß der Arbeiter, der von Bismarck und Beust eingeleitete Kampf der europäischen Regierungen gegen die Internationale, die Zwistigkeiten in der Partei und die — vorderhand erfolglosen — Einigungsbestrebungen in Oesterreich und in Europa. Zu jedem dieser Punkte bringt Brügel ein erschöpfendes und größtenteils unbekanntes Material bei, weil er, anders als seine Vorgänger, aus den erst seit dem Umsturz zugänglichen geheimen Akten der Diplomatie und Polizei schöpfen konnte. Die von ihm ausgewählten und abgedruckten Dokumente beleuchten ihr Thema wirklich erschöpfend nach allen Seiten, was aber der Leser schmerzlich vermisst, ist die Verarbeitung des ungeheuren Quellenmaterials zu einer einheitlichen, Licht und Schatten verteilenden, Wichtiges und Unwichtiges scheidenden Darstellung. Bausteine herbeizuschaffen, versteht Brügel, das Bauen selbst scheint, das lehrt der zweite Band noch deutlicher als der erste, seine Sache nicht zu sein. Ein Geschichtswerk schreiben heißt, die Kräfte und Tendenzen eines Zeitschnittes so herausarbeiten, das sie in der Darstellung wieder organisch ineinandergreifen, wie einst im Leben. Das ist nicht nur eine wissenschaftliche, sondern auch eine künstlerische bildende, schöpferische Arbeit. Von all dem findet man in Brügels Werk kaum eine Spur, vom Elementarsten, der Sprache, angefangen bis hinauf zum Organismus des Ganzen fehlt jeder Hauch der Stoffgestaltung. Man muß diese „Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie“ als das nehmen, was sie wirklich ist, und nicht, als was sie ihr Namen bezeichnet, nämlich als lüdenloses Quellenwerk, dann wird man ihrer großen Bedeutung gerecht und darf sie aus aufrichtigem Herzen heraus wärmstens empfehlen. K

Aus der Partei.

Eine Partischule in Trautau. Vom 28. August bis zum 2. September findet in Trautau ein Kurs für die Funktionäre und Vertrauensleute des Bezirkes statt, bei dem die Genossen Kunzi und Dr. Stern aus Wien vortragen werden. Genosse Kunzi spricht über die Grundlehren des Marxismus und über die Einführung in die soziale Politik; Genosse Dr. Stern über Massenführung und Klassenkampf, sowie über die Grundzüge der Vortragsmethode.

Bezirkskonferenz Postleberg. Sonntag, den 20. August, fand im Gasthaus „zum schwarzen Bären“ in Postleberg die ordentliche Bezirkskonferenz der Bezirksorganisation Postleberg der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei statt. Der provisorische Bezirksvertrauensmann Genosse Jungbäck eröffnete um halb 9 Uhr vormittag die Konferenz. Als Vertreter der Kreisorganisation war Abgeordneter Genosse Hirsch, ferner Genosse Reizner vom Konsumverein und Genosse Thierpel vom Turn- und Sportverband, weiter 2 Delegierte aus Postleberg, Ferber, Wiskloma, Lattina, Wittosek und Stupik und fünf Delegierte von der Bezirksleitung anwesend. Nach Wahl des Vorsitzes wurde das Protokoll der letzten Konferenz verlesen und zur Kenntnis genommen. Aus den Berichten der Vertrauensmänner ist zu entnehmen, das in einigen Lokalorganisationen keine Rückgänge zu verzeichnen sind. Der Mitgliederbestand beträgt aufgrund der abgenommenen Marken 683. Abgeordneter Genosse Hirsch sprach über die politische Lage. Ueber Vorschlag der Wahlkommission werden die Genossen Jungbäck zum Bezirksvertrauensmann, Genosse Anorref und Schierl zu dessen Stellvertreter, ferner Genosse Reizner als Kassier, Genosse Thierpel zu dessen Stellvertreter, Genosse Keiter als Schriftführer und Genosse Schieffel zu dessen Stellvertreter gewählt. Nach Erledigung einiger Parteianglegenheiten, Anfragen und Auskünfte wurde die Konferenz nach 12 Uhr geschlossen.

Ausschneiden und einsenden!

Abonnements-Bestellschein.

Abonniere ab 192
monatlich 16 Kč — vierteljährlich 48 Kč
— halbjährlich 96 Kč — ganzjährlich
192 Kč — (nicht Zutreffendes durchstreichen) das in Prag täglich erscheinende Zentral-Organ der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschecho-slowakischen Republik

„Sozialdemokrat“

Verwaltung: Prag II., Havlíčková nám. 32.

Deutsch schreiben!

Vor- und Zuname

Beruf

Ort, Bezirk

Straße und Nr.

Turnen und Sport.

Fußball. Die Sparta-Niederlage in Kopenhagen. Die jetzt verlautet, spielte die Sparta mit sechs Ersatzleuten und war vollständig übermüdet. In der zweiten Halbzeit mußte sie sich fast durchwegs auf die Verteidigung beschränken und kam nur selten über die Mittellinie. Die Tore fielen immer in kurzen Intervallen knapp hintereinander. — Trotz dieses Entschuldigungsberichtes bleibt es immer noch unverständlich, wieso der inoffizielle Fußballmeister von Europa eine Niederlage von 3-0 nicht abzuwehren vermochte, zumal von einer Beteiligung des Tormannes in den neuesten Berichten nicht mehr die Rede ist. — Brüssel, 21. August. SR. Pardubice gegen Union Sainte Gilloise Bruzelles 1-0. — Aarhus, 22. August. Wiener Sportklub gegen FC. Aarhus 5-2. — Der DFC. Prag eröffnet Sonntag seine Herbstsaison mit einem Spiel gegen die starke Mannschaft des Dresdener Fußball-Ring. — Viktoria Zizkov spielt Sonntag in Wien auf der Stimmeringer Sportplatz gegen die Wiener Amateure. Als Vorspiel wird auf dem gleichen Platz ein Match zwischen Törebos Preshburg und Sportklub Gasterwe ausgetragen. — Budapest gegen Mitteldeutschland. Am nächsten Sonntag tritt ein Budapesterverbandssteam in Leipzig gegen Mitteldeutschland an.

Leichtathletik. Der Länderkampf Belgien — Niederlande kam in Brüssel zur Austragung und endete mit einem ganz knappen Sieg der Belgier mit 48:46 Punkten; die Ergebnisse waren: 100 Meter: Brochart (B. 11.), Broos (N. 11.); 400 Meter: Paulen (N. 52.), Rigaut (B. 52.); 1500 Meter: Lepomme (B. 4:20), alle übrigen Bewerber disqualifiziert; Broels (B. 16:50); Weitsprung: Broos (N. 6.75 M.), Lefebvre (B. 6.37 Meter); Spertwerpen: Van der Linde (N. 49.81 M., niederländischer Rekord); 110 Meter Hürden: Rappard (N. 16.3); Hochsprung: Renault (B. 1.75 Meter), West (N. 1.70 Meter).

Der Sieger aus dem Gordon-Bennetpreis. Der Belgier Demuthier, dessen Ballon nach einer 24 stündigen Flug von etwa 1400 Kilometern in Rumänien landete, ist als Sieger des Gordon-Bennetpreises erklärt worden.

Herausgeber: Dr. Ludwig Tschögl und Karl Gormak. Druck: Deutsche Zeitungs- und Aktien-Gesellschaft Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Gummi-Regenmäntel

von 180.— aufwärts kaufen sie bestens beim Erzeuger Eng. J. Wradl, Waidsdorf bei Reichenberg. Verlangen Sie mit Karte unverbindl. bemust. Anbot.

Bibliotheken

für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad.

Gegen die modernen Götzen

schreibt Heinrich Mann in seinen Romanen Der Untertan, Professor Unrat, Die Armen, Leber Band gebunden 32 Kronen. Zu beziehen durch die Buchhandlung Freiheit, Teplitz-Schönan, Theresienstraße 18.

Inzerieren Sie im „Sozialdemokrat“!

empfehlen sich den P. T. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten: wie Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitteilungsblättern, Einladungen, Plakaten, Flugschriften, Fakturen, Briefpapieren etc. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb. Tischlergasse 6, 1002